

Ein Rathausvorplatz für Alle

Die Stadtteilvertretung ‚mensch.müller‘ ist entsetzt über die Beschilderung des neu gestalteten Rathausvorplatzes. Jahre nachdem ‚mensch.müller‘ am Prozess der Umgestaltung des Rathausvorplatzes beteiligt und angehört wurde, wurde nun mit der Beschilderung des Platzes zwischen Schillerbibliothek und Rathaus Wedding ein unwürdiger Schlusspunkt gesetzt.

Schon die Platzordnung an sich, auf die sich die ehemaligen Flächeninhaber des Rathausvorplatzes, bzw. nun die BIM GmbH und das Jobcenter vor einigen Monaten geeinigt haben, war in dieser Form nicht akzeptabel. Allerdings blieb abzuwarten, wie Nutzer*innen des Platzes, Passant*innen und Anwohnende die Handlungsanweisungen annehmen würden. Die Erfahrung zeigt, dass die Weddinger*innen sich den Platz ohnehin aneignen würden. So blieb die Hoffnung, dass der neue Platz weiterhin allen Menschen offenstehen würde, sei es für die Abkürzung mit dem Fahrrad oder das Feierabendbier unter den Pappeln.

Dieser Wunsch wird durch die nun installierte überbordende Verbots-Beschilderung des Rathausvorplatzes zunichte gemacht. Hier zeigt sich die hässliche Seite der im Aktiven Zentrum geplanten und durchgeführten Stadtbildverschönerung. Der Wedding soll schick und sauber werden, aber nicht mehr allen Weddinger*innen einen Platz zum Leben bieten. Das lehnen wir ab.

Schon auf dem Leopoldplatz sollte ein ausufernder Verbotskatalog das vielfältige, lebendige und bunte Leben des Wedding eingeschränkt werden. Dies wurde mit Unterstützung einiger Kommunalpolitiker*innen zum Glück verhindert. Nun wird versucht, diese Politik der Verbote auf der anderen Seite der Müllerstraße durchzusetzen. Zu allem Übel wird durch die benutzte Schriftart und Symbolik der Prozesssteuerung von Jahn, Mack & Partner, auch die Stadtteilvertretung mit der Beschilderung und den Verboten in Verbindung gebracht. Das ist nicht in unserem Sinne.

Als Stadtteilvertretung begleiten wir die Umgestaltung der Müllerstraße und der angrenzenden Kieze seit Jahren konstruktiv und kritisch und geben als Ehrenamtler*innen unser Bestes, um für eine angemessene Bürger*innenbeteiligung zu sorgen und für die Interessen der Anwohnenden einzutreten.

Der Wedding ist bunt und vielfältig. Hier wohnen Wohlhabende und finanziell arme Menschen. Als Stadtteilvertretung wünschen wir uns, dass Politik und Verwaltung ihre Anstrengungen auf die Bekämpfung von Armut konzentrieren, nicht auf arme Mitmenschen. Der Bezirk muss seine Verantwortung wahrnehmen, seine Hilfeangebote, die es im Umfeld des Rathausvorplatzes durchaus gibt, ausweiten und bekannter machen. Politische Entscheidungen sollen den Weddinger*innen Nutzen bringen – diesen Anspruch erfüllen die Verbotsschilder nicht.

Deshalb fordert die Stadtteilvertretung, dass der Rathausvorplatz in das Fachvermögen der Straßen- und Grünflächenamtes aufgenommen und in Folge dessen diese Platzordnung keine Anwendung finden wird.

Sollten die BIM und das Jobcenter weiterhin Eigentümer des Rathausvorplatzes bleiben, stellt die Stadtteilvertretung folgende Forderungen:

- 1. Entfernung der Verbotsschilder auf dem Rathausvorplatz**
- 2. Öffnung des Platzes für ein lebendiges und friedliches Miteinander aller Nutzer*innen**
- 3. Anwendung der Platzordnung nur bei Erregung öffentlichen Ärgernisses und bei Gefahr im Verzug**